

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

4.2.1928 (No. 30)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. E. N. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausbesserung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das neue badische Besoldungsgesetz

Der gestern dem Landtag zugegangene Entwurf der badischen Besoldungsordnung baut sich auf den Grundrissen der Reichsbesoldungsordnung auf. Die Besoldungsgruppen der Reichsbesoldungsordnung sind unverändert übernommen. Abweichend von der Reichsregelung wird vorgeschlagen, in der badischen Besoldungsordnung die Beamten der bisherigen Gruppe XII in der Weise zu teilen, daß hinter die fünftige Gruppe 2a (7000—9700 M) eine weitere Gruppe 2b (6000—9000 M) eingeschaltet wird, und daß die Gruppe 2a für die Beamten auf den verantwortungsvollsten Dienststellen vorbehalten bleibt. Die badische Regierung ist im übrigen von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Sätze der Reichsbesoldungsordnung auf keinen Fall überschritten werden sollen, schon mit Rücksicht darauf, daß die Länder genötigt sein werden, sich wegen der Deduktion des durch die Besoldungsreform entstehenden Mehraufwandes an das Reich zu wenden.

Der Aufwand für die mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 in Kraft tretende Beförderungserhöhung ist, wie bereits aus der Etatsrede des Finanzministers zu entnehmen war, auf jährlich 16,5 Millionen RM berechnet. Auf das Halbjahr Oktober 1927 bis März 1928 entfallen hiernach 8,25 Millionen RM. Davon sind durch den Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1926/27 gedeckt 1.150.000 RM und der ungedeckte Aufwand beziffert sich demnach auf 7,1 Millionen RM.

Nach den Übergangsbestimmungen sollen die am 30. September 1927 im Amte befindlichen Beamten der bisherigen Besoldungsgruppe XII für ihre Person wenigstens die Bezüge der Besoldungsgruppe 2b erhalten. Der Entwurf weicht damit von der Reichsregelung ab, welche diesen Beamten die Bezüge der badischen Besoldungsgruppe 2a zugestimmt. Die Zusammenlegung der bisherigen Eingangs- und Aufstiegsgruppen für die Beamten des oberen Dienstes ist nicht übernommen worden. Diese Beamten sollen zunächst eine Eingangsgruppe 2d (4800—7500 M) durchlaufen, von der aus sie automatisch nach 16 Beförderungsjahren in die nächsthöhere Gruppe 2c aufrücken, soweit sie nicht schon vorher in diese Normalgruppe der Akademiker im Wege der Beförderung aufgestiegen sind. Endlich ist in der Reichsbesoldungsordnung die im badischen Entwurf vorgesehene Besoldungsgruppe 3a (4200—7000 M) nicht enthalten, da man für die bisher auf die Gruppen IX und X verteilten Gewerbelehrer, Handelslehrer usw. eine besondere Gruppe schaffen wollte, welche diesen Beamten ohne weiteres das Aufsteigen bis zu den der bisherigen Gruppe X entsprechenden Bezüge gewährt.

Die Forderung, Härten hinsichtlich der Einreichung bestimmter Beamten zu beseitigen, ist in allen Gruppen, nicht allein bei den Beamten der untersten Gruppen, nach Möglichkeit entsprochen worden. Der Entwurf hat die bisherigen Amtsbezeichnungen beibehalten. Wenn das Reich die Amtsbezeichnungen seiner Beamten neu geordnet hat, so soll auch in Baden die unbedingt nötige Vereinfachung der Amtsbezeichnungen vorgenommen werden. Im Anschluß an das Vorgehen des Reiches und der großen Länder schlägt der Entwurf schließlich vor, den planmäßigen Beamten der Ministerien eine nicht ruhgehaltfähige und widerrechtliche Ministerialzulage in halber Höhe der den entsprechenden planmäßigen Beamten der Reichsministerien gewährten Zulage zu geben.

Bei der Überleitung in die neue Besoldungsordnung sollen die Beamten im allgemeinen ihr bisheriges Besoldungsdieneralter behalten. Der Wohnungsgeldzuschuß soll in seiner bisherigen Gestalt bestehen bleiben. Der Frauenaufschlag ist den Grundgehältern zugesprochen. Die Kinderzuschläge sollen künftig für alle Besoldungsgruppen und alle Altersstufen der Kinder in gleicher Höhe (20 M) monatlich gewährt werden. Die beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Dienst befindlichen außerplanmäßigen Beamten sollen ihr Vergütungsdieneralter um 2 Jahre verbessert erhalten; auch rücken sie noch wie die planmäßigen Beamten über die Anfangsgrundgehälter ihrer Besoldungsordnung weiter auf, während neu hinzukommende außerplanmäßige Beamte beim Anfangsgrundgehalt stehen bleiben. Teuerungszuschläge sieht der Entwurf nicht mehr vor, dagegen eine Ermächtigung an den Finanzminister, nach den für die Reichsbeamten geltenden Grundrissen zu den Beamtenbezügen örtliche Sonderzuschläge zu zahlen.

Die Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen sollen Zuschläge zu dem Grundgehalt erhalten, das der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrundegelegt ist, und aus diesem erhöhten Grundgehalt sollen die Versorgungsbezüge neu errechnet werden. Die Altpensionäre erhalten einen erhöhten Zuschlag. Auch wird den Ruhestandsbeamten nach wie vor der Frauenaufschlag gewährt.

Der Besoldungsstarif

Für die aufsteigenden Gehälter sind vorgesehen: Besoldungsgruppe I: 8400—12.600 M; Gruppe 2a: 7000—9700 Reichsmark; 2b: 6000—9000 M; 2c: 4800—7500 M; 2d: 4800—7500 M; Gruppe 3a: 4200—7000 M; 3b: 4800 bis 7000 M; Gruppe 4a: 4100—5800 M; 4b: 2800—5000 Reichsmark; 4c: 2800—4200 M; Gruppe 5a: 2800—4200 M; 5b: 2800—4200 M; Gruppe 6: 2400—3600 M; Gruppe 7a: 2350—3500 M; 7b: 2000—3000 M; Gruppe 8a: 2000 bis

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

M. Berlin, 4. Febr. (Priv.-Tel.) Die Aussichten für das Schulgesetz haben sich erheblich verschlechtert, da Reichskanzler Dr. Marx die wenigen Tage, die für die Besprechungen noch blieben, das Zimmer hüten mußte. Es ist auch zweifelhaft, ob er, wie angekündigt, in Köln auf der rheinischen Zentrumstagung erscheinen und sprechen kann. Er wollte dort das einleitende Referat übernehmen. Da Dr. Stresemann am Montag voraussichtlich Berlin verläßt, um sich nach der Riviera zu begeben, wo er übrigens mit dem rumänischen Staatsmann Titulescu voraussichtlich zusammenkommen wird, erscheinen kaum noch Möglichkeiten vorhanden, die Besprechungen über das Schulgesetz weiterzuführen. Man rechnet daher auch in politischen Kreisen damit, daß während des Monats Februar die weiteren Verhandlungen ruhen. Ob es dann noch möglich ist, sie wieder aufzunehmen, erscheint mindestens zweifelhaft, da ja kaum noch Aussicht besteht, den Reichstag über den 31. März zusammenzurufen.

Auch die Besprechungen über das Kriegsschadenschulgesetz sind bisher nicht vom Fleck gekommen. Die Besprechungen, die gestern im Reichsfinanzministerium darüber stattfanden, haben, soweit man erfährt, keinerlei Fortschritte gezeitigt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

M. Berlin, 4. Febr. (Priv.-Tel.) Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen erfahren wir, daß von den drei Kommissionen die eine, die sich mit den Zollformalitäten befaßt, weiter in Warschau verhandelt. Die beiden andern, die die Veterinärfragen, also namentlich die Einfuhr von Vieh und das Kohlenkontingent behandeln, werden ihre Besprechungen Mitte Februar in Berlin aufnehmen. Der polnische Delegationsführer Zwardowski kommt zu diesem Zweck nach der Reichshauptstadt, wo er einige Tage bleiben wird. Man hofft, daß man dann Ende Februar weiter in Warschau verhandeln kann.

Rumänien und Frankreich

M. Berlin, 4. Febr. (Priv.-Tel.) Eine gestern stattgefundene Unterredung zwischen Briand und Titulescu hat, wie aus Paris gemeldet wird, hauptsächlich finanzielle Fragen zum Gegenstand gehabt, und zwar die rumänischen Schulden und die Konsolidierung der Zinsleistungen, sowie eine große Anleihe, die Rumänien benötigt. Maßgebende Pariser Kreise glauben, daß die Verhandlungen zwischen Rumänien und Italien fortgeführt werden können, daß Bukarest den Tiraner-Vertrag über Albanien anerkennt und sich in einen weiteren Meinungsaustausch über die Lage auf dem Balkan einläßt, was natürlich ein Abrücken von Frankreich bedeuten würde.

Reichstagsabgeordneter Dr. Raschig †

Dr. Raschig, 4. Febr. (Tel.) Reichstagsabgeordneter Dr. Raschig, der der demokratischen Fraktion angehört und auf der Durchfahrt von Ludwigshafen auf dem Duisburger Hauptbahnhof einen Schlaganfall erlitt, ist heute morgen kurz nach 8 Uhr, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, im Krankenhaus gestorben.

Ein Direktor der Standard Oil Company verhaftet

Dr. Washington, 4. Febr. (Tel.) Der Direktor der Standard Oil Company Indiana, Robert Stewart, wurde auf Anordnung des Senats verhaftet, weil er sich geweigert hatte, auf die Fragen des Senatsausschusses, der die gegen frühere Regierungsbeamte erhobenen Vorwürfe der Bestechung in der Angelegenheit des Verkaufes über die Petroleumgebiete von Teapot Dome geprüft, zu antworten.

2700 M.; 8b: 1700—2700 M.; 9: 1700—2600 M.; 10a: 1600—2400 M.; 10b: 1860—1980 M.; 11a: 1500—2200 Reichsmark; 11b: 1410—1500 M.; 12a: 1500—2100 M.; 12b: 1200 M.

Die festen Gehälter sind wie folgt festgesetzt: Staatspräsident 27.000 M., Minister 24.000 M., Ministerialdirektoren, Gesandter und Stimmführender, stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat in Berlin, sowie die Präsidenten des Rechnungshofes, des Verwaltungsgerichtshofes und des Oberlandesgerichtshofes 18.000 M., die Präsidenten der Wasser- und Straßendirektion und der Staatsschuldverwaltung, sowie die Landgerichtspräsidenten in Karlsruhe und Mannheim und der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht 14.000 M.

Die Minister erhalten ein Aufwandsgehalt in Höhe des Dienstaufwandsgehaltes eines Reichsstaatssekretärs, der Staatspräsident ein solches in doppelter Höhe.

Die Wohnungsnot

Der Jahresbedarf an Wohnungen wurde vor dem Kriege auf 200.000 geschätzt. Dieser Bedarf konnte in der Zeit von 1914 bis 1924 durch die Neubautätigkeit auch nicht annähernd gedeckt werden. Neuere statistische Feststellungen haben nun berechnet, daß Ende des Jahres 1926 etwa 950.000 Haushaltungen ohne eigene Wohnung bestanden. Für die Zeit bis 1935 wird ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von rund 200.000 Haushaltungen wie vor dem Kriege angenommen. Von da ab wird voraussichtlich in Auswirkung des scharfen Geburtenrückganges in der Kriegszeit ein wesentlich geringerer Zuwachs zu verzeichnen sein. Vor dem Kriege wurde der Wohnungsbedarf durch die Bautätigkeit ungefähr gedeckt. Außerdem wurden etwa 50.000 abbaureife Wohnungen jährlich durch Neubauten ersetzt. Die Veränderung seit Kriegsende zeigt sich darin, daß die jährlichen Neinzugänge an Wohnungen (nach Abzug der abgehenden Wohnungen) betragen: für 1916/17: 56.714 Wohnungen, für 1920: 103.092, für 1921: 134.223, für 1922: 146.615, für 1923: 118.333, für 1924: 106.502, für 1925: 178.930 und endlich für 1926: 204.670.

Der Wohnungsbau hat für die gesamte deutsche Volkswirtschaft eine erhebliche Bedeutung. Das ergibt sich schon aus der einen Tatsache, daß das gesamte Baugewerbe 1912 etwa 6 Milliarden Reichsmark Umsatz hatte, und daß es darüber hinaus einschließlich der unmittelbar liefernden Industrien etwa 8 Millionen Menschen beschäftigte. Die Bautätigkeit schafft also nicht nur inländisches Arbeitseinkommen, sondern übt darüber hinaus noch befruchtende Wirkungen auf andere Industrien aus. Die Fragen der Wohnungsnot und ihre Bekämpfung sind daher in ihrer Wechselwirkung mit allen wirtschaftlichen Verhältnissen zu betrachten. Diese Zusammenhänge sind teils durch die besonderen örtlichen Umstände, teils durch die Entwicklungsrichtung der ganzen Volkswirtschaft bedingt. Die örtlichen Umstände sind sehr verschieden je nach der wirtschaftlichen Entwicklung von Gemeinden und Bezirken und dem Grade der Steuerleistungsfähigkeit. Es gibt Gemeinden, in denen die Wohnungsnot in absehbarer Zeit annähernd behoben werden kann, während sie anderswo außerordentlich stark drückt. Eine zweckmäßige Bevölkerungspolitik muß davon ausgehen, in halbländlichen und ländlichen Gegenden die Bevölkerung festzuhalten und öffentliche Mittel dort im Wohnungsbau einzusetzen. So ist inzwischen der Bau von Landarbeiterwohnungen ganz besonders gefördert worden. Es geschah dies zum Teil mit Mitteln der werkschaffenden Arbeitslofenfürsorge. Zu diesem Zweck sind vom Reichsarbeitsministerium in den Jahren 1924—1926: 63 Millionen Reichsmark bereitgestellt worden. Andererseits war zu berücksichtigen, daß die Standorte der Industrie und des Handels die größten Arbeitsmärkte sind, so daß dort dauernd neue Menschen einströmen. Der Wohnungsbau ist aber nicht nur örtlich gebunden, sondern auch allgemein von der zeitlichen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft abhängig. Bei gedrückter wirtschaftlicher Lage stehen privates Kapital, Arbeitskräfte und Baustoffe reichlicher und billiger zur Verfügung als bei ansteigender Konjunktur. Umfassende Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues müssen daher sorgfältig auf den Verlauf der Konjunktur abgestimmt werden. Bei dem Schwanken der Konjunktur empfiehlt es sich im allgemeinen nicht, langfristige Bauprogramme aufzustellen. Die Beschäftigung der Bauwirtschaft muß sich dem Konjunkturverlauf anpassen.

Der Kern der Wohnungsfrage ist die Geldbeschaffung. In den Jahren 1924—1926 sind schätzungsweise etwa 4—5 Milliarden Reichsmark im Wohnungsbau angelegt worden. Reich, Länder und Gemeinden haben Steuer- und auch Anleihenmittel in größtem Maße hergegeben. Für die nächsten Jahre sind allein zur Vereinstellung von Wohnungen für den Zuwachs an Haushaltungen annähernd 2 Milliarden Reichsmark jährlich notwendig. Die Geldbeschaffung für den Wohnungsbau steht aber in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalmarktes. Wie dieser sich entwickeln wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen.

Die Arbeitslosenversicherung der deutsch-schweizerischen Grenzgänger

Dr. Bern, 4. Febr. (Tel.) Zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich ist heute in Berlin ein Übereinkommen über die Arbeitslosenversicherung der sogenannten Grenzgänger (Leute, die in einem der beiden Staaten wohnen und in anderen arbeiten) abgeschlossen worden. Es sieht vor, daß die Grenzgänger von der Arbeitslosenversicherung des Wohnstaates erfasst und an ihren Arbeitsorten nicht zu Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden sollen. Das Übereinkommen tritt einen Monat nach der Ratifikation durch die beiderseitigen Regierungen in Kraft.

Mit der Beilage: 10. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Die Finanzlage der Reichsbahn

Im Haushaltsausschuß des Reichstags schilderte Reichsverkehrsminister Dr. Koch die Finanzlage der Reichsbahn als sehr gedrückt. Wichtig sei, daß sich die Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber der Frage einer Tarifserhöhung beschütze. Eine Erhöhung soll aber, wenn es eben geht, vermieden werden. Es werde auch erwogen, in den Personenzügen künftig nur zwei Klassen zu führen (eine Postler- und eine Holzklasse). Die Fahrpreiserhöhung der beiden oberen Klassen habe zu einer Verringerung der Einnahmen geführt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen setzte sich der Minister für den Bau einer Schnellbahn im Ruhrgebiet ein. Die Finanzgebarung der Luftfahrt wird streng kontrolliert. Erwogen wird auch, wie das Parlament durch Heranziehung einiger Abgeordneter in diese Prüfung eingeschaltet werden kann. Finanziell ist das Reich nur an einer Firma in der Flugzeugindustrie (Bayerische Motorenwerke) beteiligt.

Die schweizerische Kinderhilfsaktion während der Inflation

Das schweizerische Kinderhilfskomitee hat eine Denkschrift herausgegeben über den Umfang der Hilfe, welche die kleine Schweiz während der Inflationszeit Deutschland in seiner Notlage zuteil werden ließ. Vom Herbst 1923 bis Herbst 1925 wurden für die notleidenden Kinder in Deutschland in der Schweiz nicht weniger als 18.322.930 Franken gesammelt. 47 unterernährte deutsche Kinder fanden in der Schweiz als Beringelte Erholung und Gesundheit zurück. Die schweizerische Hilfsaktion für deutsche Not hat in Süddeutschland durch 48 Suppentischen und 80 Ausgabestellen 2 Millionen Portionen Suppe an alte Leute und Bedürftige des Mittelstandes abgegeben. Ferner gelangten zur Verteilung an besonders notleidende deutsche Städte Lebensmittel und Kleiderbindungen. Der schweizerische Bauernverband hat in Bayern Volksküchen betrieben. Zu all diesen Unterstützungen kommt dann noch der Liebesgabenpaletendienst und die Sonderaktion für die geistig Arbeitenden, für die hungernde deutsche Arbeiterschaft und die Eisenbahnerkinder und dann noch die einzelnen privaten Hilfsaktionen. Alles in allem ist Deutschland für diese überaus reichhaltige Hilfe der Schweiz stets zu größtem Dank verpflichtet.

Neue Dienstkleidung für die Postbeamten

Der Reichspräsident hat die Einführung einer neuen Dienstkleidung für die Beamten der Deutschen Reichspost genehmigt. Damit ist eine von langer Hand vorbereitete Angelegenheit zu Ende gebracht, die einen doppelten Zweck verfolgt, nämlich die Schaffung einer einheitlichen Dienstkleidung für das ganze Reichsgebiet und sodann die Befestigung der zahlreichen Uniformvorschriften, die veraltet und durch die Entwicklung überholt sind. Grundfarbe für Joppe und Mütze ist dunkelblau, für Hose und Überkleidung schwarz. Die Joppe kann künftig in zwei Formen getragen werden, entweder geschlossen, wie schon jetzt oder offen mit Umlegekragen in Form der Zivilaufschläge. Die Mütze erhält künftig an Stelle der dreiteiligen Besatzstreifen einen solchen aus dunkelblauem Samt mit orangefarbenen Vorflößen. In der Mitte des Besatzstreifens wird vorn die Reichsolonarde (schwarzer Reichsadler mit roter Zunge und roten Fängen in goldenem Rundschild), umgeben von einem schmalen silbernen Eichenzweig, darüber die Landesolonarde angebracht sein. Die Überkleidung bleibt im wesentlichen unverändert. Die Achselstücke sind verschwunden. An ihre Stelle treten einfache Grabarbeiten auf Spiegeln aus dunkelblauem Samt, die zur Kennzeichnung des Postbeamten den Reichsadler mit Posthorn und Postflügel aufweisen.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen. Wie die Telegramm-Agentur der Sowjetunion erfährt, begibt sich das Mitglied des Kollegiums des Handelskommisariats, Schleifer, zu Wirtschaftsverhandlungen mit der deutschen Regierung nach Berlin. An den Verhandlungen werden seitens der Sowjetunion auch hohe Beamte des Handelskommisariats und des Kommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, nämlich Kaufmann und Rosenblum, sowie ein Vertreter der Berliner Sowjethandelsvertretung und ein Vertreter der Sowjetbotschaft in Berlin teilnehmen.

Einigung über die Angestelltengehälter. Wie aus Berlin gemeldet wird, überreichten die Angestelltenvereinigungen Freitag mittag dem Reichsarbeitsministerium eine Erklärung, worin sie dem Schiedsgericht für die Staatsangestellten zustimmen. Auch die Behördenvertreter haben den Schiedsgericht zugestimmt.

Badisches Landestheater

Einmaliges Gesamtgastspiel Wassermann

Der einsame Weg

Schauspiel in vier Akten von Arthur Schnitzler
Spielleitung: Melchior Visser

„Der einsame Weg“ von Arthur Schnitzler zeigt die Kunst der Seelenforschung des melancholischen Österreicherers am vollendetsten. Es ist nicht nur das Vierteljahrhundert, das seit der Veröffentlichung des Werkes verstrichen, was uns das Ganze als ein schwerwütiges Sonate wunderbar abgetönte Vergangenheitstimmungen erklingen läßt; das Thema selbst heißt Vergangenheit, resignierendes Erkenntnis, daß alle Gegenwart der Vergangenheit verfallen ist.

Dieses gedämpfte Lied melancholischer Resignation konnte nur aus wohl abgestimmter Harmonie gedämpfter Stimmen ertönen. Dieser Regieaufgabe wurde Melchior Visser völlig gerecht, wobei er wirksamste Unterstützung durch eine geradezu raffinierte Sprechkunst der Einzeldarsteller fand. Allen voran stand natürlich Albert Wassermann. Was dieser große Künstler als Herr von Sala gibt, scheint nicht mehr Kunst, sondern Natur, aber künstlerisch geschaffene und disziplinierte, rühmlichste Natur, so daß sie eben doch höchste Kunst ist. Dieser müde Kavallerist, dem noch einmal die Herbstsonne seines genießerischen und doch geförmten Lebens scheint, wirkt in seiner Ironie wie Resignation gleichermaßen ergreifend. Die Schlichtheit seiner gedehnten Sprechweise wird zum seeligen Pathos. Die Straffheit und Biegsamkeit seiner eleganten Haltung trägt das Zeichen des Vergehens. Eine Menschgestalt aus dem innersten Wesenskerne heraus. Organische Schauspielkunst.

Auch die anderen Darsteller fügten sich dem Spiele in richtiger Stimmlage ein, namentlich Carola Wagner als Johanna, Elfe Wassermann als Irene Germs und Alfred Reierle als Julian Fichtner.

Das Theater war ausverkauft und das Publikum innerlich erschüttert. Natur gewordene Kunst.

Professor Dr. Karl Holl.

Neue Geschäftsordnung des preussischen Landtags

Der preussische Landtag wird in der nächsten Woche den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung beraten, den der zuständige Ausschuß in vier Lesungen geprüft und festgestellt hat. Nach der neuen Geschäftsordnung muß ein Mißtrauensantrag genau formuliert und begründet sein, wenn seine Annahme die verfassungsmäßigen Folgen haben soll. Ferner bestimmt die neue Geschäftsordnung, daß ein Untersuchungsausschuß jedem anderen Ausschuß gleichgestellt sein soll. Die Verhandlungen sind in der Regel nicht öffentlich. Die Präsidialgewalt ist durch die neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht verstärkt worden. Im Gegensatz zum Reichstag bringt Versäumnen einer namentlichen Abstimmung nicht einen Diätenabzug, wenn der betreffende Abgeordnete sich in die allgemeine Abwesenheitsliste im Laufe der Sitzungsdauer eingetragen hat. Urträge, die von einer Fraktion gestellt werden, können im Gegensatz zur bisherigen Übung, wenn sie von dem Antragsteller zurückgezogen werden, von anderen Fraktionen nicht wieder aufgenommen werden. — Im Ausschuß haben sich im wesentlichen alle Parteien mit der neuen Fassung der Geschäftsordnung einverstanden erklärt.

Das griechische Kabinett zurückgetreten

Im griechischen Ministerrat kam es wegen einer Angelegenheit zwischen den Mitgliedern des Kabinetts mit dem Landwirtschaftsminister zu einem Konflikt. Sie waren der Meinung, man sollte das Angebot des Hauses Matris annehmen, hinter welchem ein sehr leistungsfähiges englisch-amerikanisches Konfession steht. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit erklärte das gesamte Kabinett seinen Rücktritt. Wahrscheinlich wird das Kabinett unter Jannis mit den gleichen Ministern, aber ohne den Landwirtschaftsminister Papandafiu, wieder gebildet werden. Die gegenwärtige Koalition bleibt bestehen.

Wien, 4. Febr. (Tel.) Reuter berichtet aus Athen vom 3. Februar: Die wilden Gerüchte sind heute abend im Anlauf sowie die wilden Meldungen über Gärung in Seeresseisen. Die Garnison wird in den Kasernen zurückgehalten. Dies mag jedoch nur eine Vorsichtsmaßregel sein. Vorläufig müssen die beunruhigenden Gerüchte mit der größten Vorsicht aufgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß die Befragung der politischen Führer zu einer raschen Lösung der Krise führen wird.

Übertragung der thüringischen Steuerverwaltung auf das Reich. Nach einer sehr stürmischen Sitzung, in der das Ermächtigungsgesetz wegen der Übertragung der Steuerverwaltung auf das Reich angenommen wurde, wurde der Landtag im Laufe der Sitzung am 22. Februar vertagt. Die Erregung im Hause war so groß, daß es unmöglich war, die Tagung noch zu Ende zu führen, so daß der Präsident kurz entschlossen die Verhandlung abbrach.

Steuererhöhungen um eine Million Reichsmark in Mecklenburg-Schwerin. Im mecklenburgischen Landtag wurde der erste Nachtrag zum Haushaltsplan 1927 gegen die Stimmen der Rechten und eines Kommunisten in dritter Lesung mit 28 gegen 25 Stimmen angenommen. Die vier Reichsparteien erklärten übereinstimmend, sie müßten dem Nachtragsplan ihre Zustimmung verweigern, weil die darin vorgesehenen Steuererhöhungen um eine Million Reichsmark für die notleidende mecklenburgische Wirtschaft untragbar seien.

Kurze Nachrichten

Fürstentümer im Dresdener Rathaus. In der Wandelhalle des neuen Dresdener Rathauses hängen die Portraits der sächsischen Fürsten. Nun beantragten im Stadtvorordnetenkollegium die Sozialdemokraten, diese Bilder zu entfernen. Mit den Stimmen der Demokraten, Antisozialisten, Sozialisten und Kommunisten wurde der Antrag angenommen.

Jorn v. Busch als Royalist. Wie dem „Katin“ aus Straßburg gemeldet wird, hat Jorn v. Busch erklärt, er habe sich, um seine französischen Gefühle zu beweisen, bei der Action Française, also bei der royalistischen Partei, als Mitglied einschreiben lassen.

Lohnstreik in der englischen Textilindustrie. Zwischen den Vertretern von einer halben Million Arbeitern und den Arbeitgeberorganisationen der Textilindustrie fand am Freitag in Manchester eine bedeutende Konferenz zur Erörterung der von den Arbeitgebern beantragten etwa 12,5prozentigen Lohnherabsetzung und Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 52 1/2 Stunden statt. Die Konferenz wurde nach 3 1/2stündiger Dauer vollkommen ergebnislos abgebrochen.

Karlsruher Konzerte

Bruders dritte Sinfonie, das Richard Wagner gewidmete D-Moll-Quartett, stand am Beginn des sechsten Sinfoniekonzertes vom letzten Montag. Rudolf Schwarz folgte dem innern Gehör der großangelegten Schöpfung mit übertragender Einfühlung und brachte deren Einzelteile, so besonders das Adagio und das Scherzo, zu einer Hanglich runden Wiedergabe. Aber auch die beiden weitausladenden Entwürfe vermittelte er mit so eindrucksvoller Plastik, daß die zügig geleitete Gesamtarbeit ihm und dem Orchester reichen Beifall eintrug. Darauf spielte Adolf Busch das D-Dur-Violinlängert von Brahms mit der an ihm längst gelangten technischen Überlegenheit und ebenso mit einer geistigen Beherrschung des tonstilleren Stoffes, die imposant wirkte. Als geniale Nach- und Neuschöpfung wird dies Ereignis noch lange in der Erinnerung haften, weniger im Ohr allerdings der Hangflinliche Eindruck; denn unter der ganz aufs Rapidare gerichteten Expansionskraft seiner Interpretation litt doch etwas die Süße und Weichheit des Tones und jene Fülle edlen Wohlklangs blieb verjagt, die man eigentlich von der Violine als einem singenden Instrument erwartet. Den raffigen Final-Tag steigerte dafür der berühmte Geiger zu einer bravourösen Leistung, die minutenlang impulsiv sich äußernden Publikumserfolg auslöste. Den Schluß des Programms bildete die Konzertouvertüre „1812“ von Tschaikowski, eine zur Einweihung der Eröffungskirche in Moskau einstens geschriebene Gelegenheitsarbeit, die mit großem Aufwand an Blas- und Schlaginstrumenten die russische Episode aus den Befreiungskriegen schildert. Im Grunde unerfreulich wie jede Schlachtmusik gefüllt immerhin heute noch daran die raffinierte Technik der Verarbeitung. Das ließ auch die Wiederaufführung erst gerechtfertigt erscheinen und kam im Beifall des ausverkauften Hauses ebenfalls zum Ausdruck.

Der vierte Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeld gehörte dem Leipziger Gewandhaus-Quartett, der seit Jahrzehnten geschätzten Spielgemeinschaft der Herren Wolgast, Wolfste und Hermann, zu denen neuerdings für Prof. Niengel Hans Münch-Holland als Cellist getreten ist.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Aus dem Haushaltsausschuß

Bei Beratung der Positionen für das Akademische Krankenhaus und die psychiatrische Klinik in Heidelberg wurde im Hinblick auf die Frequenzdifferenz die erfreuliche Tatsache festgestellt, daß Kranke viel mehr wie früher sich der Krankenhausbehandlung unterziehen. Eine wesentliche Erhöhung der Verpflegungskosten ist nach Ansicht des Ministeriums unmöglich, da sonst die Belastung für die Patienten wie auch für die Krankenkasse zu groß würde.

Lebhafte Auseinandersetzungen knüpften sich an das Bestreben, zu sparen, wo es geht. Die Abstimmung über verschiedene Zentrumsanträge auf Kürzung von Staatspositionen wurde ausgesetzt, um den Fraktionen noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bei der außerordentlichen Anforderung von 100.000 M zur Vorbereitung der Neubauten der Universität Heidelberg wurde der Wunsch geäußert, daß ein allgemeiner Wettbewerb den deutschen Architekten Gelegenheit bieten solle, an dieser bedeutenden Aufgabe mitzuwirken. Das Zentrum beantragte mit Rücksicht auf die Finanzlage, nur den Betrag von 50.000 M vorzuzieh zu bewilligen. Solange der Klinikneubau in Freiburg noch nicht vollendet sei, gehe es nicht an, auch noch für Heidelberg etliche Millionen aufzuwenden. Man solle jetzt in Heidelberg nur insoweit bauen, als die Umertaube es gestatte. — Der Unterrichtsminister machte zur Begründung der Anforderung längere Ausführungen. Schließlich wurde die Abstimmung über den Zentrumsantrag ebenfalls bis nach Anhörung der Fraktionen vertagt. — Die Regierung sagte zu, daß sie den Landtag rechtzeitig darüber hören werde, in welchem Verhältnis der Aufwand für die künftigen Klinikneubauten in Heidelberg zwischen dem Staat und der Stadt Heidelberg getragen werden solle. Man sei noch in keiner Weise gebunden. Die angeforderten Mittel für einen Erweiterungsbau der medizinischen Klinik wurden einstimmig bewilligt.

Die Reichsbank für den Bau der Rheinbrücken

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß am Freitag die erste Beihilfe des Reiches für den Bau der Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Magau in Höhe von 660.000 M.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: „Den Anwürfen gegenüber, die in der Rheinbrückenfrage neuerdings wieder in einer Reihe von Blättern gegen die bayerische Regierung erhoben werden, wird folgendes festgestellt: Die schon wiederholt öffentlich ausgesprochenen (z. B. „Bayerische Staatszeitung“ Nr. 292 vom 19. Dez. 1927, Erklärung des Ministers des Innern bei den Beratungen des Staats-Haushaltsausschusses im Landtag usw.) ist die Finanzierung der Rheinbrücken grundsätzlich dadurch geregelt, daß das Reich, die Reichsbahn und die beiden Länder Bayern und Baden, zusammen sich bereit erklärt haben, je ein Drittel der Kosten zu übernehmen. Es handelt sich jetzt nur noch um die Verteilung des den Ländern Bayern und Baden zufallenden Kostenanteils unter diese Länder. Verhandlungen über diesen letzteren Punkt haben schon wiederholt, zuletzt am 30. Januar, stattgefunden und werden voraussichtlich in nächster Zukunft abgeschlossen werden. Weitere Verhandlungen der Länder mit ihren jeweils beteiligten Gemeinden werden demnächst stattfinden. Durch alle diese Verhandlungen zwischen den Ländern Bayern und Baden und mit den Gemeinden wird, was hier ausdrücklich festgelegt werden soll, die Durchführung der Vorarbeiten, die Aufstellung der Ausführungsentwürfe, der Wettbewerb für die Brückenbauentwürfe, die noch mit zwei Interalliierten Kommissionen erforderte Verhandlung usw. in keiner Weise berührt. Auch die Inangriffnahme der Bauarbeiten wird durch diese Verhandlungen der Länder nicht um einen Tag verzögert. Die Länder sind beiderseits befreit, mit allen Mitteln beim Reich, bei dem nunmehr die Entscheidung liegt, dahin zu wirken, daß der Bau der Brücken, wenn irgend möglich, bereits im Herbst dieses Jahres begonnen wird. Es wäre zu wünschen, wenn diese nachdrücklichen Bestrebungen durch die ständigen Angriffe in einzelnen preßfälligen Zeitungen bald gegen die eine, dann gegen die andere Regierung oder Behörde nicht erschwert würden.“

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56

Großhandel

Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briquets

6.30

Kleinhandel

Vom Handel mit Lebens- und Genussmitteln in Baden

P.A. An neueren Angaben über den Umfang und über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Lebensmittelhandels in Baden hat es seit längerer Zeit gefehlt. Um so dankbarer muß es begrüßt werden, daß das Badische Statistische Landesamt in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht über „Handel und Verkehr in Baden“ auch den Handel mit Lebens- und Genussmitteln eingehend dargestellt und Zahlen veröffentlicht hat, die den Umfang und die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges deutlich erkennen lassen. Nach dem Ergebnis der 1926er Gewerbeerhebung entfallen 15 000 Betriebe, das sind rund ein Drittel aller im Jahr 1925 in Baden ermittelten Handels- und Verkehrsbetriebe, auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln. Beschäftigt sind darin rund 28 000, das sind ein Fünftel aller im badischen Handel und Verkehr tätigen Personen. Im Durchschnitt des Landes entfallen somit auf einen Betrieb (einschließlich des Inhabers) 2 beschäftigte Personen. Die auffallend geringe Zahl rührt davon her, daß die vielen Kaufleute mit Kolonialwarenhandlungen in den Landgemeinden mitgezählt sind, in denen in der Regel der Ladeninhaber entweder allein oder mit seinen Familienangehörigen tätig ist. Umgekehrt gibt es gerade im Lebensmittelhandel eine größere Zahl von Firmen, die Hunderte von Personen beschäftigen und in ihrer Branche zu den hervorragendsten des Süddeutschland gehören. Erwähnt seien u. a. die großen Lebensmittelunternehmen wie Pfannkuch & Co. in Karlsruhe, Johann Schreiber in Mannheim, Chr. Riemp in Karlsruhe; die bekannten Getreidefirmen Hirsch, Suhmann & Bodenheimer, Jakob Feitel in Mannheim. Eine große Zahl von Angestellten und Arbeitern beschäftigen auch die größeren Konsumvereine unseres Landes (z. B. der Lebensbedürfnisverein in Karlsruhe, die Konsumvereine in Mannheim, Freiburg und Lörrach), die zwischen 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung ihrer Städte mit Lebensmitteln versorgen.

Geht man auf die einzelnen Zweige des Lebens- und Genussmittelhandels ein, so zeigt sich, daß hinsichtlich der Zahl der Betriebe und der darin beschäftigten Personen der Handel mit Kolonialwaren an erster Stelle steht; er umfaßt 8671 Firmen mit 15 355 beschäftigten Personen. Gewiß kann gegenüber diesen Zahlen eingewendet werden, daß für die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Branche nicht die Zahl der beschäftigten Personen, sondern die Größe des Jahresumsatzes oder der Verkauf in das Ausland und ähnliche Momente entscheidend seien. Solange aber über den Umsatz oder über die Beziehungen des Handels zum Ausland kein zuverlässiges Material vorliegt, muß sich die amtliche Statistik an das Merkmal der beschäftigten Personen halten. Die zweitgrößte Gruppe neben dem Kolonialwarenhandel ist der Handel mit Getränken (Wein, Bier, Branntwein usw.); er umfaßt 1311 Firmen. Auf den Handel mit Rohmaterial und Tabakwaren entfallen 1161, auf den Handel mit Milch-, Eier- und Butterhandlung 1035, auf den Handel mit Obst und Südfrüchten 923, auf den Handel mit Getreide 263 Firmen. Beschäftigt waren im Wein- und Bierhandel 3172, im Tabakhandel 2155, im Milch-, Eier- und Butterhandel 1930, im Getreidehandel 909 Personen. Wegen der übrigen Branchen im Handel mit Lebens- und Genussmitteln (Handel mit Hopfen, mit Fisch, Wild und Geflügel, mit Kaffee, Tee und Süßwaren usw.) sei auf das oben erwähnte Buch des Statistischen Landesamts verwiesen.

Hinsichtlich der Unternehmungsform überwiegt im Nahrungsmittelhandel, wie im Handel überhaupt, die Einzelhandelsfirma. Daneben spielt die offene Handelsgesellschaft sowie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wenigstens bei den größeren Firmen, eine gewisse Rolle. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft ist im gesamten Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln nur in 15 Fällen festgestellt worden. Auffallend groß ist die Zahl der Einzelhandelsbetriebe, die sich seit mehreren Jahrzehnten im Lebensmittelhandel gebildet haben; ihre Zahl beträgt rund 800, worin die Filialen (Verkaufsstellen) der Konsumvereine mit eingerechnet sind. Als Großhandels- sowie als Groß- und Einzelhandelsbetriebe haben sich 1814 Firmen mit 7800 beschäftigten Personen bezeichnet. Auf den Einzelhandel entfallen 12 855 Firmen mit 20 205 beschäftigten Personen.

Erwähnt sei noch, daß in den letzten Jahren außerbadische Firmen in zunehmendem Umfang Filialen in Baden errichtet haben, z. B. Kaisers Kaffeegeschäft in Wiersen, die Emmericher Warenexpedition, das Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Feingelmann, u. a.

Tagungen

Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes in Mannheim. Die Jahreshauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes findet in der Zeit vom 15. bis 17. Juni in Mannheim statt. Der Tag der Ausschluß- und Hauptversammlung ist Samstag, der 16. Juni, während am 15. Juni der Vorstand zu einer Sitzung zusammentritt. Für den Sonntag sind Besuche des Planetariums vorgesehen.

Gemeinde-Rundschau

Der Waldreichtum der Städte. Die Bedeutung ausgebreiteter Grünanlagen und Wälder für die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch für den Charakter des Städtebildes ist bekannt. Sie wird allgemein durch die neuentstehenden und geplanten Stadtteile mehr berücksichtigt, als in früherer Zeit. Es ist bedauerlich, wenn auch erklärlich, daß die Großstädte verhältnismäßig ungenügender gestellt sind als Mittel- und Kleinstädte, die wegen ihres geringeren Umfangs und der dadurch bedingten Nähe umliegender Freizeitanlagen und Wälder die „Lungen“ nicht so nötig haben. Karlsruhe, bekannt als Gartenstadt, in günstiger Lage dicht am Schwarzwald und den Rheinwaldungen, steht unter den deutschen Großstädten an zehnter Stelle hinsichtlich der Waldfläche im Stadtgebiet selbst. Es umfaßt 707 Hektar Wald, eine sehr günstige Zahl, wenn man bedenkt, daß die nachfolgenden Städte Nürnberg 677, Duisburg 666, Essen 535, Augsburg 512, Düsseldorf 462, Chemnitz 450, Münster 380, Eberfeld 312, Köln 309, Stettin 308, Regensburg 265, Dresden 215, Kiel 168, Berlin 133, Dortmund 129, Rassel 60, Flauen 24, Mainz 22, München-Gladbach 21, Hamburg 14, Bodum und Hamborn 9 Hektar, wesentlich weniger Wald umfassen.

Städt. Sparkasse Karlsruhe. Wie im Jahre 1927, ist auch diesmal der Monat Januar ein Rekordmonat gewesen. Der Spareinlagenüberschuß im Januar betrug 974 000 M., so daß der Gesamtbestand an reinen Spareinlagen nunmehr 19,3 Millionen Reichsmark beträgt. Ebenso geht auch die Zahl der neuangelegten Sparbücher mit 1285 Stück über die Durchschnittszahl hinaus. Der Gesamteinlagenbestand an Spar- und Giroeinlagen war am 31. Dezember 1927 26 Millionen Reichsmark.

Ausgang der Tuberkulose. In der letzten Vorstandssitzung des Mannheimer Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose machte Stadtschulrat Dr. Stephan interessante Ausführungen über die Tuberkulose. Besonders in Mannheim sei ein erfreulicher Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit festzustellen, aber auch die Krankheitshäufigkeit scheint geringer geworden zu sein.

Die dritte Redarbrücke in Heidelberg ist im Rohbau fertig, doch werden die Arbeiten für die Zugangswege, die Unterführungen usw. noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß die feierliche Eröffnung der Brücke erst im April stattfinden wird.

Der Bürgerausschuß Ziegelhausen hat den nunmehr unter Aufsicht der Staatsaufsichtsbehörde revidierten und abgeänderten Gemeindevoranschlag mit 32 gegen 16 Stimmen angenommen. Er war in seiner ursprünglichen Gestalt unter dem 16. Januar bekanntlich abgelehnt worden.

Ferngasversorgung im Taubertal. Zwischen den Gemeinden des Taubertales und dem Gaswerk Würzburg schweben, wie aus Lauba berichtet wird, zur Zeit Verhandlungen über die Einrichtung der Ferngasversorgung.

Ein Kurpark in Krozingen. Der Gemeinderat Krozingen will den Schloßpark der Frau v. Gleichenstein pachten und als Kurpark herrichten. Die Kosten für die Herrichtung und Instandhaltung sollen durch eine mäßige Kurtagte beschafft werden.

1300 jähriges Bestehen der Stadt Meersburg. Die Stadt Meersburg kann in diesen Tagen die Feier des 1300 jährigen Bestehens begehen. Das alte Schloß in Meersburg hat in der Geschichte der süddeutschen Länder eine große Rolle gespielt. 600 Jahre lang gehörte es den Konstanzer Bischöfen; Konradin von Schwaben trat von hier aus seinen unglücklichen Zug nach Italien an. Im Jahre 1334 wurde es über drei Monate vergeblich von Ludwig von Bayern belagert.

Die städtischen Finanzen in Konstanz. Der Konstanzer städtische Finanzausschuß hat zu der Frage der Aufnahme einer langfristigen Anleihe erneut Stellung genommen, dem vorliegenden Angebot aber seine Zustimmung nicht erteilt. Man will noch zuwarten. Die Finanzlage der Stadt ist zwar wie bei vielen anderen Städten gespannt, zu pessimistischen Befürchtungen liegt aber kein Anlaß vor. Auch für die nächsten Monate sind die Mittel für die laufenden Ausgaben sichergestellt.

Das Jahreprojekt Konstanz—Meersburg. In der Angelegenheit der Kraftwagenfähre Konstanz—Meersburg war der Vorwurf erhoben worden, es seien Kräfte am Werk, um dieses Projekt zu sabotieren, und der Oberbürgermeister von Konstanz lasse sich ins Schlepptau nehmen. Oberbürgermeister Dr. Meier äußerte sich nunmehr dahin, solche Kräfte seien nicht bekannt. Sobald Mittel zur Verfügung ständen, könne der Hafen in Meersburg gebaut werden. Seitens der Reichsberatungstelle für Auslandsanleihen sei aber die nachgesuchte Genehmigung für eine langfristige Anleihe noch nicht erteilt worden. Voraussetzungen sind aber der Beginn der Arbeiten in Meersburg und die Fortsetzung der Arbeiten in Stadt auf den Herbst verschoben werden müssen. Von einer Sabotage des ganzen Projektes könne keine Rede sein.

Aus der Landeshauptstadt

Presse- und Bühnenspektakel 1928 „Zinte und Schminke“

Es sei hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Eröffnung der neuen Theaterstätte am 8. Februar und früherer Einläufe unter keinen Umständen gewährt werden kann. Auf bestellte Karten, kann nur Anspruch erhoben werden, soweit noch Karten zur Verfügung stehen. Den Vorberichten ist noch nachzutragen, daß Kammerjäger Kemwig in dem Eröffnungsspektakel eine der beiden männlichen Hauptrollen singen wird.

Die Reichsbankstelle Karlsruhe hat infolge Umbaus die Schalterstunden für den Verkehr mit dem Publikum vom 6. bis 29. Februar auf 8.30 Uhr vormittags bis 1.30 Uhr nachmittags festgelegt.

Die weiße Woche. Die Inventurausverkäufe sind im großen und ganzen wieder vorüber. Nun aber kommt etwas, was für den Geldbeutel der Hausfrau nicht minder gefährlich ist und ihr für schöne Wäsche empfindliches Herz färmlich zum Pumpen bringt: Die weiße Woche. In den verschiedensten Geschäften und Kaufhäusern sind gewaltige Stapel weißer Waren aller Art bereitgestellt worden. Kunstvolle Dekorationen unterstützen wirtungsvoll die geschickte und verführerische Vereinstellung der in einer Fülle künstlichen Lichtes effektiv dargebotenen Waren. Tischwäsche und Bettwäsche, Leibwäsche und Haushaltswäsche aller Art, und in allen Preislagen liegen da in einem fesselnden Rahmen bereit, entzünden das sachkundige Auge der Hausfrau und lassen sie unwiderstehlich erbeuten, was ihr doch zu Hause alles fehlt, wieder erneuerungsbedürftig ist und welche vorzügliche billige Gelegenheiten zum Kaufe die weiße Woche bietet. In der Tat gibt es Hausfrauen, die ihren alljährlich wiederkehrenden Bedarf an weißer Wäsche aller Art nur während der weißen Woche zu decken pflegen, weil sie überzeugt sind, bei diesen Verkäufen gute Sachen zu wohlfeilen Preisen zu bekommen. Anfänglich nur in den großen Städten und nur von einzelnen Geschäften eingeführt, sind heute die weißen Wochen längst in Stadt und Land allgemein eingebürgert und erfreuen sich offensichtlich einer starken Volksmächtigkeit und Beliebtheit.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Rückseite der weiterziehenden Störung, die heute morgen noch über Ostdeutschland erkennbar ist, brachte uns gestern nachmittags neue Trübung und nachts allenthalben leichte Schneefälle bis zur Ebene. Bei Island ist ein neuer Sturmwirbel angelangt, auf dessen Vorderseite erhebliche Mengen subtropischer Warmluft bereits das westliche England überfluten und zu Niederschlägen führen. Unter dem Einfluß des von dem Azorenhoch losgelassenen und über das Festland weiterziehenden Teilhochs wird es bei uns jedoch zunächst aufheitern. **Wetterausblick für Sonntag, den 6. Februar:** Im wesentlichen keine Änderung des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 4. Febr. Das Schöffengericht verurteilte den Bankdirektor Erich Wingenroth von der Filiale Bilingen der Südd. Disconto-Gesellschaft in Mannheim wegen Untreue und Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis. Es handelt sich um Veruntreuungen in Höhe von etwa 32 000 Reichsmark. Die Bank selbst wurde nicht geschädigt.

Hd. Heidelberg, 3. Febr. Der Direktor der badischen Landeswetterwarte auf dem Königstuhl, Geheimrat Professor Max Wolf in Heidelberg, ist zum Ehrenmitglied der amerikanischen Astronomischen Gesellschaft gewählt worden. Die Ehrentätigkeit der Gesellschaft gestatten, bei jeder Jahresversammlung nur ein Ehrenmitglied zu wählen; die letzte Wahl ist im Jahre 1924 erfolgt.

Hd. Heidelberg, 4. Febr. Wie das „Heidelberger Tagblatt“ meldet, wird im Frühjahr, voraussichtlich im Mai, der amerikanische Volkshäufiger Schurman nach Heidelberg kommen, um hier persönliche Besprechungen wegen des Hörsaals zu pflegen.

Hd. Pforzheim, 4. Febr. Über die Urlaubsregelung in der Schmuckwarenindustrie ist eine Verständigung zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften erzielt worden. Danach beträgt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von einem Jahr im gleichen Betrieb der Urlaub sechs Arbeitstage. Diese Abmachung kann von jedem der beteiligten Verbände unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist jeweils zum 1. März geändert werden.

Hd. Sigmaringen, 3. Febr. In Sigmaringen steht eine große Vereinfachung der fürstlichen Hofhaltung und Verwaltung bevor. Die große Erbschaftsteuer — man spricht von mehreren Millionen, 15 Proz. des fürstlichen Gesamtvermögens — verlangt dies. Andererseits mag eine Vereinfachung des Hofhaltung auch dem Wesen des Erbprinzen entsprechen. Auf 1. April geht der Hofmarschall von Wangenheim. Desgleichen geht die Hofkassenverwaltung ein. Eine Anzahl älterer Beamten treten in den Ruhestand. Die Gerichte von einem teilweisen Verlaufe der Gemäldeabteilung finden hier Glauben. Prinz Franz Josef hat sich in München eine Villa gekauft und gedenkt dorthin überzusiedeln.

Hd. Ludwigshafen, 3. Febr. Am Sonntag, dem 15. April, dem Tage des Beginns der Ludwigshafener Frühjahrsmesse, kann die Stadt Ludwigshafen ihr 75 jähriges Bestehen feiern.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 2. Febr.

Die Börse lag in dieser Woche vorwiegend schwach. Das Publikum fehlte fast allgemein als Käufer. Auch die Spekulation schritt auf den Hauptgebieten zu Abgaben und Plankontrollen. Die Unternehmungslosigkeit wurde von der Baifispekulation zu richtigen Vorstößen ausgenutzt. Sehr schwach lagen vor allem Glanzstoffaktien, deren Rückgang auf das Gesamtniveau drückte. Bankwerte waren verhältnismäßig gehalten, ebenso Elektrowerte, während Montanwerte schwächer waren.

Geldmarkt. Man erwartet allen Ernstes im Februar eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um ½ Proz. Ob sich diese Erwartung erfüllen wird, wird zunächst von dem Ausmaß der Reichsbankbeanspruchung zu Ultimo und der folgenden Entlastung abhängen. Bis jetzt hat es den Anschein, daß die Reichsbank zum Ultimo durch Wechselreueichungen nicht so sehr in Anspruch genommen worden ist, wenigstens nicht von der Privatwirtschaft.

Produktenmarkt. An den Produktenmärkten ist eine neue Schwäche eingetreten. Unter dem Einfluß großer Zufuhren bei geringer Nachfrage waren die überseeischen Terminkontrakte nachgiebig. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 228 (—8), Roggen 231 (—7), Sommergerste 270 (—20), Hafer 211 (—8) Reichsmark je pro Tonne und Mehl 33¼ (—1¼) Reichsmark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Wollmärkte liegen seit, während die Baumwollmärkte nachgebend sind. Die Weltkohlenmärkte sind ziemlich schwach. Im Inland besteht für Industrieöfen und Koks gute Absatzmöglichkeit. Auf der Güterauktion ist die Preisbewegung zum Stillstand gekommen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. Febr.		3. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.68	169.02	168.87	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.34	112.48
Italien 100 L.	22.16	22.29	22.165	22.205
London 1 Pf.	20.40	20.44	20.399	20.439
New York 1 D.	4.1880	4.1960	4.1900	4.1980
Paris 100 Fr.	16.44	16.48	16.45	16.49
Schweiz 100 Fr.	80.55	80.71	80.575	80.725
Wien 100 Schilling	58.96	59.08	59.00	59.12
Prag 100 Kr.	12.412	12.432	12.417	12.437

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 31. Januar v. R. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7586 Pence.

Brauerei-Gesellschaft vorm. S. Moninger A.-G. In der Generalversammlung am heutigen Samstag wurden die Vorschläge der Verwaltung für die Gewinnbeteiligung einstimmig genehmigt. Demzufolge wird der Gewinn zugunlich Vortrag mit insgesamt 533 989,93 M wie folgt verteilt: Abschreibungen 210 266,91 M, 6 Proz. Dividende auf 6000 Reichsmark Vorzugsaktien 300 M, 8 Proz. Dividende auf 3 400 000 M Stammaktien 272 000 M, 4 Proz. Zinsen auf 41 450 M Genussrechte 1658 M, zusammen 484 544,91 M, und der Rest von 49 445,02 M auf neue Rechnung vortragen.

Verschiedenes

Der Posträuber Hein verhaftet

W.D. Bamberg, 4. Febr. (Tel.) Der Posträuber Hein konnte heute vormittag in Weingarten bei Lang verhaftet werden. Gegen den flüchtigen Räuber und Posträuber, der bei Koburg eine neue Werdart verübte, war Landespolizei aus Koburg, Bamberg und Sildburghausen sowie Reichswehr aus Bamberg aufgezogen. Man hatte unter Beteiligung der über das Aufsuchen und die letzten Wirtstaten des gefährlichen Verbrechers in der oberen Mainregion sehr erregten Bevölkerung die Wälder von Bamg, in denen man Hein noch vermutete, umstellt und Tag und Nacht vergeblich durchsucht. Auch Polizeihunde waren auf seine Spur gehegt worden. Die Belohnung für seine Ergreifung war auf 6750 M erhöht worden.

Die Verhaftung Heins erfolgte heute früh gegen 9 Uhr auf einem Felde unweit Weingarten bei Lichtenfels. Hein wurde von einem Polizisten des Fahndungskommandos Staffelfeld gestellt und aufgefordert, sich sofort zu ergeben, andernfalls geschossen werden würde, worauf er sich, ohne Widerstand zu leisten, ergab. Mit hochgehobenen Händen führten ihn die Polizisten durch die Ortschaft Weingarten, in die Wirtstat von Lorenz. Der Raubmörder war stark heruntergekommen und total ausgehungert. Hein gestand, der gefürchtete Posträuber und Raubmörder zu sein und den Gendarmenbeamten in Unterhosen erschossen zu haben. Er ist ohne jede Wasmittel, Papiere hat man bei ihm nicht vorgefunden, sondern lediglich einen Revolver und Munition. Nach einem Verhör wurde er mittels Auto nach Lichtenfels gebracht.

Politischer Nachruf

W.D. Berlin, 4. Febr. (Tel.) Edel-Linken- und Grenadierstrafe wurden gestern abend gegen 12 Uhr vier Arbeiter von einer größeren Anzahl von Personen, von denen mehrere rote Frontkämpferuniformen trugen, überfallen. Zwei der Angegriffenen wurden am Kopfe leicht verletzt. Nach Angabe der Überfallenen handelt es sich um einen Nachruf, weil die Betroffenen vor einiger Zeit aus dem roten Frontkämpferbund ausgetreten sind. Vier Personen sind als Mitäter verhaftet worden.

TH. und O. HESSIG
 Telefon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
 G. 768 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
 Asphaltierungen
 Neuzzeitlicher Straßenbau
 Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Presse- und Bühnenfest 1928
„Tinte und Schminke“

Heute Samstag, den 4. Februar, abends
 in sämtlichen Räumen der städt. Festhalle

*
Saaleröffnung 8 Uhr abends

Erstklassigen
Straßenschotter
Gleisschotter
Betonschotter
Betonsplitt
Stücksteine · Grus · Sand

liefert
PORPHYRWERK DOSENHEIM
 Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
 Dossenheim a. d. Bergstraße
 (selbster Staatliches Porphyrowerk)

Bau-Impressen

Besondere
Vertragsbedingungen

Neues Formular
 Stück 9 Pf.

Druckerei G. Braun in Karlsruhe

Infolge unseres
Umbaus
 sehen wir uns genötigt, die
 Schalterstunden für den Ver-
 kehr mit dem Publikum vom
6. bis 29. Februar
 auf
8³⁰ Uhr vormittags
 bis
1³⁰ Uhr nachmittags
 festzusetzen

Karlsruhe, 4. Februar 1928
Reichsbankstelle
 Wilhelm. Körber.

COLOSSEUM
 Waldstraße 16
 Telefon 5599

Täglich 8 Uhr,
 Sonntags 4 u. 8 Uhr
Gastspiel
Sylvester
Schäffer
 der König der Artisten
 sowie
 das übrige große
Varieté-Programm

Leset Bücher
Wissen ist Macht!

Badische Bank
 Mannheim — Karlsruhe
 Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Leichenwagen
 liefern als Spezialität
Korber Fahrzeugwerke
 G. m. b. H. G. 931
 Korber Dr. 9, Württemberg
 Jede Ausführung vorzüglich,
 günstige Zahlungsbedingungen,
 Angebote und Lieferkostenlos.
 Gebrauchter, sehr gut erhaltener
Sanitätswagen auf Gummi-
 rädern sehr preiswert abzugeben.

Städtische Forstkämter
 Baden-Baden I u. II.
**Laubholz-
 Versteigerung**

aus den Waldungen der
 Stadt Baden-Baden am
 Donnerstag, den 16. Februar
 1928, um 14 Uhr (nachm.)
 2 Uhr im Gasthaus zum
 Gäßchenberg in B. Baden-
 Württemberg

130 Eichen I.-VI. Klasse,
 316 Buchen I.-V. Klasse,
 13 Horn II.-IV. Klasse,
 1 Eiche IV. Kl., 2 Kastanien
 III. Kl., 1 Apfel IV. Kl.
 und 1 Birnbaum IV. Kl.

Auszüge unentgeltlich
 durch die Städt. Forstkäm-
 meralen.
 M. 443

Bruchsal. M. 440
 Güterrechtsregistertrag
 Band III S. 175. Robert
 Hermann Zimmermann,
 Schuhmacher in Bruchsal,
 und Anna geb. Brenneisen.
 Vertrag vom 18. Januar
 1928. Erziehungsgemein-
 schaft des W. B. Das
 in § 2 verzeichnete einge-
 brachte Gut der Ehefrau,
 ebenso alles was sie nach
 § 1369 oder 1370 W. B.
 erwirbt, ist als ihr Vor-
 behaltsgut erklärt.
 Amtsgericht I.

Landhäuser
 auf dem Sonnenberg bei Pforzheim
Ruheort — Wochenendaufenthalt

Wir beabsichtigen auf dem Sonnenberg bei Pforz-
 heim eine größere Anzahl **gediegener**, neuzeitliche

Einfamilienhäuser
 von 5-6 Zimmern, Küche, Bad und üblichem
 Zubehör zu erstellen und als

Eigenheime

zu verkaufen. Kaufpreis ca. 26 000 RM. (An-
 zahlung mindestens 5-6000 RM., u. U. in Raten).
 Die Häuser sind 10 Jahre steuerfrei.

Der Sonnenberg liegt **verkehrsgünstig**,
 3 km von der Stadtmitte Pforzheim ent-
 fernt, ca. 600 m über dem Meere.
**Kräftige ozonreiche Wiesen- und Wald-
 luft (Höhenluft) verbürgt in Verbindung**
mit der nahen Stadt Pforzheim gesundes
und angenehmes Wohnen. 131

Ernsthafte Reflektanten erhalten ausführliche Unter-
 lagen von der Erbauerin:

Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G. m. b. H.
 Heidelberg, Steinstraße 29

Morgen
Sonntag 5. Februar
8 Uhr, im Eintrachtsaal
Meister-Konzert
 Juan

Manén

Am Steinway-Flügel: **Josef Schell**
 Bruch: Violin-Konzert G-Moll; Bach: Chaconne
 für Violine allein; Porpora-Manén Sonate; Beet-
 hoven: Romanze G-Dur; Gluck-Manén: Ballet
 lente; Daquin-Manén: Le Cou-Cou; Manén: Lied;
 Sarasate; Zigeunerweisen. 132

Karten zu RM 2.—, 3.—, 4.—, 5.— u. 6.— bei
Kurt Neufeldt
 Waldstr. 39, Tel. 2577

Eintracht
 6. Februar (Montag) 8 Uhr
6. Klavier-Abend 6.

Irmgard Rohnstadt

Mozart: Fantasie C-Moll, Scarlatti:
 Sonate C-Dur, Händel: Largo und Ca-
 priccio, Beethoven: Sonate D-Moll
 op. 31 Nr. 2, Chopin: 8 Etuden, Liszt:
 Venezia e Napoli. 91

Karten zu 4, 3, 2, und 1 RM bei
Kurt Neufeldt
 Waldstr. 39, Tel. 2577

**4. Wohlfahrts-Geldlotterie zugunsten des Hessischen
 Diakonievereins e. V., Darmstadt**

Bei der am 26. Januar 1928 stattgehabten Ziehung wurden folgende
 Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Ge-
 winne von 100 bis 5000 Mark: 7093 (5000) und Prämie 1000)
 10084 (500) 31174 (100) 32925 (100) 40113 (100) 47352 (100). — B. Ge-
 winne zu 50 Mark: 8054 6648 21544 26712 30969 32068 32404 33323
 36541 47907. — C. Gewinne zu 20 Mark: 4168 5431 5512 7996
 9181 11869 20441 21336 23363 28048 31935 35787 36240 36982 37240
 37830 38786 41037 41406 41445 44397 47528 48164 48606 49114. —
 D. Gewinne zu 10 Mark: 14 364 4332 4446 5531 7250 7338 8701
 8915 9673 12466 14636 15170 15459 16465 17855 17955 18587 18679
 18941 22651 23155 24583 26283 26958 27695 28015 28148 28225 28535
 29262 30043 31367 31111 34073 34414 35769 35929 35984 37012 37018
 37490 39340 40640 42214 42487 43527 44323 45390 46901. — E. Ge-
 winne zu 5 Mark: 57 606 631 999 1989 2050 2549 2867 3271 3959
 4911 4968 5181 5653 6431 6553 7346 7492 8576 10179 10421 11485
 12955 13351 15312 15390 15570 15582 15853 15736 16768 16802 16764
 18762 18791 18975 19068 19082 19523 19765 20349 20529 20613 21877
 21596 21705 21856 22438 22484 22631 23999 25380 26127 26272 26580
 26724 27473 27515 28376 28200 29658 30605 31360 31706 32807 32895
 33147 33441 33964 34178 35812 36557 36836 36874 37404 37451 37630
 37710 37919 38443 39675 39817 39900 39940 39791 40661 41299 41357
 41678 42053 42284 42456 43201 43198 43659 45735 46469 47716 48545
 49729. — F. Sämtliche Nummern mit nachstehenden Einheiten ge-
 winnen je 3 Mark: 031 074 114 250 275 289 290 298 328 336 340
 373 383 388 429 451 475 537. — G. Freier gewonnen folgende Num-
 mern je 3 Mark: 1328 12892 13775 16036 18550 18971 28126 33699
 41303 44201 45199 49465.

Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Feher, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6

1000 Dtz. weiße, leinene
Leintücher

ohne Naht, garantiert Ia Ware, fehlerfrei, aus bestem
 edelstem Ia Leinengarn gewebt 110

160x250 cm groß, 1 Stück 7,80 RM.
 150x250 cm groß, 1 Stück 7,50 RM.

Kleinste Abnahme 1/2 Dtz. vers. per Nachn. fr. verz.
Leinweberei St. Marsik, Prag XII, Londynská 57

Preisliste u. Muster von verschiedener Leinwand, Hand-
 u. Tischtücher gratis u. fr. Viele Danks. f. gute Bed.

Leichenwagen
 für Hand und für Bespannung liefert als Spezialität
F. Günz, Wagenbauanstalt, Achern
 Telefon 253 G. 931

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen stets vor-
 rätig. Zur Beförderung in Trauerperbededen, Talaren,
 Verrentungsapparaten halte ich mich bestens empfohlen.

Badisches Landestheater
 Sonntag, 5. Februar
 A 17

Neu einstudiert:
Margarethe
 von Gounod
 Musikalische Leitung:
 Rudolf Schwarz
 In Szene gesetzt von
 Otto Krauß

Kauf: Mephistopheles
 Valentin
 Margarethe
 Marthe
 Siebel
 Brander

Witt
 Schuster
 Müller
 Franz
 Weiner
 Strach
 Gröhinger

Bachanale einstudiert
 von Edith Vielesfeld
 Anfang 18³⁰ Ende nach 22
 I. Rang und I. Sperrplatz
 8 RM.

Montag, 6. Februar
 *C16. Th.-Gem. 1201-1400

Ein Trauerspiel
 von Strindberg
 Musik von Regnecel
 In Szene gesetzt von
 Felix Baumbach

Andras Lochter
 Andras Stimme
 Offizier
 Advokat
 Dichter
 Hafermeister
 Vater des
 Mutter
 Lina
 Türhüterin
 Zettelanfleber

Rietens
 Schulte
 Dahlen
 v. d. Trend
 Dierl
 Gemmede
 Brüter
 Ermath
 Silber
 Müller

Chorist
 Souffleur
 Christel
 Quartanemeister
 Er
 Sie
 Edith
 Mutter der Edith
 Magister
 Winder
 Kohlenträger
 Lordfanaler
 Dekan der Philosophie
 Dekan der Philosophie
 Dekan der Medizin
 Dekan d. Jurisprudenz

Schneider
 Schulz-Breiden
 Ziegler
 Quatantemeister
 Brand
 Kneble
 Müller
 Müller
 Genter
 Brüter
 Kienischer
 Schulze
 Graf
 Metz
 Mehner
 Ende geg. 22¹⁵
 I. Rang und I. Sperrplatz
 5 RM.

Di. 7. Febr.: Einmal Gast-
 spiel Salvi: Rigoletto.

Im Städt. Konzerthaus
 Sonntag, 5. Februar
Der Herer
 von Edgar Wallace
 In Szene gesetzt von
 Eugen Schulz-Breiden

Witt
 v. d. Trend
 Schulte
 Föder
 Kneble
 Dahlen
 Brand
 Müller
 Vertram
 Wittgeb
 Gemmede
 Graf
 Mehner
 Brüter
 Opmar
 Herz

Anfang 19¹⁵ Ende 22
 I. Parkett 4,20 RM

Detektiv
 -Institut
 u. Privat-
 Auskunft

Argus
 Mannheim
 O 6, 6
 Planken
 Telefon 33305

F. Maier & Co., G. m. b. H.